



Sturmflut vor Schottland

Poker in Lima

Klima Vor der Großkonferenz in Peru hatte Umweltministerin Barbara Hendricks vieles richtig gemacht. Doch an Ort und Stelle vertat sie ihre Chance.

Wie verhängnisvoll sich das Wetter auswirken kann, erfuhr die deutsche Umweltministerin vergangene Woche am eigenen Leib. Es war schwül und stickig in der peruanischen Hauptstadt Lima. Plötzlich wurde Barbara Hendricks schlecht, die Beine gaben nach, und schon lag die Ministerin inmitten der Weltklimakonferenz auf dem Rasen.

Einen Tag Auszeit nahm sich Hendricks (SPD), bevor sie sich wieder in den Kampf zur Rettung des kollabierenden Klimas warf. Lima ist die letzte große Etappe auf dem Weg zu einem neuen Klimaabkommen, das Ende 2015 in Paris besiegelt werden soll. Anders als der Kyoto-Vertrag soll es Verpflichtungen für alle Staaten enthalten. Sie orientieren sich an der jeweiligen Leistungsfähigkeit eines Landes, am früheren und künftigen CO₂-Ausstoß. Vor allem die USA, China und die Schwel-

lenländer sollen in die Pflicht genommen werden.

Das deutsche Gewicht ist erheblich in Lima. Nicht nur, weil das Wort „Energiewende“ in den Wortschatz der englischsprachigen Umweltpolitik eingedrungen ist. Auch das Anfang Dezember von der Regierung in Berlin verabschiedete Klimaaktionsprogramm hat internationale Beachtung gefunden. Nicht zuletzt die Chinesen schauen genau hin, wie sich Deutschland von der Energiegewinnung aus Kohle allmählich verabschiedet.

Die deutsche Umweltministerin hat viel dazu beigetragen, dass es in Deutschland wieder eine Klimapolitik gibt, die diesen Namen verdient. Doch in Lima, auf internationalem Parkett, tut sie sich schwer.

Noch vor gut einem Jahr hätte sich Barbara Hendricks, 62, nicht träumen lassen, dass sie einmal an der Klimafirst kämpfen würde. Als sich die Große Koalition abzeichnete, war sie selbstbewusst genug, sich das Verteidigungsministerium zuzutrauen. Sie wurde als Entwicklungshilfeministerin gehandelt. Doch am Ende trug SPD-Chef Sigmar Gabriel ihr das Umweltministerium an.

Als Öko-Freundin war Hendricks zuvor nicht in Erscheinung getreten. Auch als

Fachfrau für Solarenergie wurde sie nicht geführt. Dagegen gestand sie fröhlich, dass sie nichts von Tempolimits auf Autobahnen halte. Seit der Berufung ins Kabinett ist der ökologische Eifer umso größer. Deutschland müsse „Vorreiter bleiben“, so Hendricks. „Mindestens 40 Prozent“ Treibhausgase wolle Deutschland bis 2020 einsparen. Wenn andere mitzögen, „können und wollen wir weitergehen“.

Deutschland hat als erstes Land Mittel für den Grünen Klimafonds zugesagt, 750 Millionen Euro. Der Fonds soll armen Ländern helfen, den Wandel zu bewältigen. Deutschland hat die erste Geberkonferenz ausgerichtet. In Lima legte die Ministerin noch einmal 50 Millionen Euro für den Klimaanpassungsfonds drauf. Kleine Gesten, die aber wohlkalkuliert sind und ihren Zweck nicht verfehlen. „Sie hat Mut bewiesen“, sagt

Achim Steiner, Chef des Uno-Umweltprogramms Unep, über die deutsche Ministerin. „Die ganze Welt schaut auf Deutschland als Land, das seine Volkswirtschaft umbaut. Das wird mit Spannung beobachtet. Und mit Bewunderung.“

Doch in Lima kommt Hendricks mit Mut allein nicht weiter. Die Verhandlungen bleiben stecken. In Berlin ist die Um-



Ministerin Hendricks
„Vorreiter bleiben“

weltministerin dafür bekannt, dass sie das SPD-Präsidium mit ihrer Sturheit nerven und ihren Parteivorsitzenden zur Weißglut bringen kann. In Lima hilft ihr das nicht. Auf einer internationalen Konferenz ist diplomatisches Fingerspitzengefühl gefragt.

200 nationale Interessen, sehr arme Länder, ziemlich reiche, alte Gräben und neue Allianzen – alles muss bedacht, versöhnt, ausgeglichen und am Ende in einen möglichst verbindlichen Text gegossen werden.

Internationale Konferenzen sind Sternstunden der Taktiker. Wer etwas erreichen will, muss hartnäckig sein, aber auch verbindlich, man muss Allianzen schmieden und wissen, wann es an der Zeit ist, Kompromissbereitschaft zu zeigen. Wenn es ums große Klima und den kleinen nationalen Vorteil geht, bleiben die Karten eng an der Brust. Erst kurz vor dem Scheitern werden sie offengelegt. Tarifexperten kennen diese Art des Pokers.

Barbara Hendricks nicht so sehr. Die frühere Finanzexpertin hat es lieber klar, schnörkellos und wenn nötig robust. Wenn der SPD-Wirtschaftsminister das CO₂-Minderungsziel von 40 Prozent aufgeben will, hält sie energisch dagegen. Wenn es sein muss, auch lautstark. Doch bei Klimagipfeln ist eher Florett als Säbel gefragt.

Die Erfolgreichen machen die Klimakonferenz für sich zur persönlichen Bühne. Nobelpreisträger Al Gore etwa, das fleischgewordene schlechte Gewissen der Klimawelt, brilliert mit einer Präsentation über den Klimawandel in den Anden. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon lobt Deutschland und fordert schnelles Handeln weltweit. Und US-Außenminister John Kerry sorgt mit einem überraschend selbstkritischen Auftritt für Aufsehen: „Wenn du ein großes und reiches Land bist und gehst nicht voran, bist du Teil des Problems.“

Die Ministerin aus Kleve ist von internationaler Bühnenreife weit entfernt. Vor dem Plenum spult sie den offiziellen deutschen Redebeitrag in vier Minuten herunter, spröde, trocken, emotionslos. Nach dem Motto: Smart sollen andere auftreten, wir überzeugen in der Sache. Und weil sie sich derer so sicher ist, macht sie sich auf den Weg zurück nach Deutschland, bevor die finale Verhandlungsrunde beginnt.

Es gehört zum Ritual der Klimakonferenzen, dass sich die beamteten Unterhändler irgendwann verhaken und zum Schluss die Politiker die Sache richten müssen. Es ist die Stunde der Profis. Angela Merkel drückte 1997 der Kyoto-Konferenz ihren Stempel auf, Norbert Röttgen kämpfte 2011 in Durban bis zum erfolgreichen Ende. Barbara Hendricks verzichtete auf das Finale und reiste vorzeitig ab.

„Wir sind ein gutes Stück vorangekommen“, sagt sie noch, bevor sie ins Flugzeug steigt. Und dass Lima als „Erfolg“ zu bezeichnen sei.

Horand Knaup

Karriere einer Abschrift

Kanzlerin-Handy Wie der SPIEGEL das Kanzleramt mit der Abhöraffaire konfrontierte – und was der Generalbundesanwalt daraus machte

Generalbundesanwalt Harald Range ermittelt in der NSA-Überwachungsaffäre um ein Mobiltelefon von Kanzlerin Angela Merkel, doch er kommt einfach nicht voran. Der US-Geheimdienst ignoriert alle Anfragen der Ermittlungsbehörde, auch der BND half nicht weiter.

Aber da ist ja noch der SPIEGEL, der mit Informationen aus einem NSA-Datenbankauszug im Herbst 2013 die Bundesregierung auf den Spähangriff aufmerksam gemacht hat. „Ich habe die Redakteure des SPIEGEL deshalb gebeten, Fragen zu dem Papier zu beantworten oder es uns zur Verfügung zu stellen. Dem ist das Nachrichten-Magazin unter Hinweis auf das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten nicht nachgekommen“, stellte der Generalbundesanwalt am vergangenen Donnerstag bei seiner Jahrespressekonferenz in Karlsruhe frustriert fest.

Allerdings verband Range seine Erklärung mit dem Hinweis, dass „das Dokument, das in der Öffentlichkeit als Beleg für ein tatsächliches Abhören des Mobiltelefons angesehen worden ist, kein authentischer Fernmeldeaufklärungsauftrag der NSA ist.“ Es stamme nicht aus einer Datenbank der NSA. „Vielmehr hat es ein SPIEGEL-Redakteur selbst hergestellt, laut seinen Angaben auf der Grundlage eines in Augenschein genommenen Dokuments der NSA.“

Diese Aussage konnte als neues Ergebnis seiner Ermittlungen verstanden werden und den falschen Eindruck erwecken, der SPIEGEL habe sich seine Belege selbst zusammengezimmert – in manchen Medienberichten der vergangenen Woche über Ranges Pressekonferenz klang das an.

Der SPIEGEL hat jedoch nie behauptet, der Bundesregierung ein Originaldokument vorgelegt zu haben (SPIEGEL 44/2013 und 46/2013). Vielmehr haben seine Redakteure das Dokument aus einer NSA-Datenbank einsehen und abschreiben können und das auch immer deutlich gemacht.

Als der SPIEGEL das Kanzleramt mit den Recherchen konfrontierte, stammten alle Informationen aus diesem Eintrag in der NSA-Datenbank. Der SPIEGEL hat dem nichts hinzugefügt.

Ranges Pressesprecher stellte denn auch vorige Woche klar: „Die Nachfrage eines Journalisten während der Pressekonferenz, ob es sich bei dem Dokument um eine Fälschung handle, hat Generalbundesanwalt Range ausdrücklich verneint.“

Mehrere SPIEGEL-Redakteure waren im Juni vergangenen Jahres bei NSA-Recherchen auf den Hinweis gestoßen, ein Mobiltelefon der Bundeskanzlerin werde überwacht. Gemeinsam mit dem Verschlüsselungsexperten und freien Journalisten Jacob Appelbaum gingen sie diesem Verdacht nach. Ein Auszug aus der NSA-internen Datenbank zur Erfassung von Zielen enthielt die Handynummer Merkels sowie ihren Namen. Der SPIEGEL versuchte, diese Information zu verifizieren; schließlich entschied er sich, Merkel selbst um eine Stellungnahme zu bitten.

Am 17. Oktober 2013 wurden die SPIEGEL-Redakteure Nikolaus Blome und Jörg Schindler beim Sprecher der Kanzlerin, Steffen Seibert, vorstellig. Sie legten ihm ein DIN-A4-Papier vor, auf dem Ausspähungsdaten zu Merkels Handy niedergeschrieben waren. Dabei machten sie Seibert klar, dass dieses Papier eine Abschrift aus einer NSA-Datenbank war, die der SPIEGEL eingesehen hatte. Und der Regierungssprecher verstand das auch so.

Daraufhin erhielten der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vom Kanzleramt den Auftrag, die Sache zu prüfen. Christoph Heugens, Merkels außenpolitischer Berater, meldete sich parallel dazu bei US-Sicherheitsberaterin Susan Rice. Zunächst blockten die Amerikaner ab. In der Folgeweche beschwerte sich Merkel bei US-Präsident Barack Obama über die Abhöraktion. Der konnte zumindest für die Vergangenheit den Lauschangriff nicht dementieren. Ihre Empörung formulierte die Kanzlerin einen Tag später beim EU-Gipfel in Brüssel so: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“

Die Abschrift, welche die SPIEGEL-Redakteure an den Regierungssprecher übergaben, tauchte später als angebliches Originaldokument in anderen Medien auf: in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 27. Oktober 2013, einen Tag später in der *Bild*-Zeitung und am vorigen Donnerstag auf der IT-Nachrichten-Website Golem.de. Der SPIEGEL aber hat die Abschrift nie veröffentlicht.

Rüdiger Ditz



Handynutzerin Merkel